

# Linke gegen Dialog mit Sügida-Teilnehmern

Der Thüringer Landtag lehnt einmütig den rechtsextremen Hintergrund bei den Suhlener Sügida-Protesten ab. Strittig ist jedoch der Umgang mit den Demonstranten.

**Erfurt/Suhl** – Die Linke im Landtag ist gegen einen Dialog mit den Sügida-Demonstranten, die bisher dreimal protestiert haben. „Solange Neonazis maßgeblich die Proteste in Suhl organisieren, solange gibt es für mich absolut keinen Grund, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus, am Mittwoch. König kritisierte die Proteste als „rassistisch und neonazistisch“. Weiter sagte sie, „das, was montags auf die Straße geht, ist nicht das, wofür wir in Thüringen mehrheitlich stehen“.

Auch Redner der übrigen vier Fraktionen im Landtag lehnten jede Form von Fremdenfeindlichkeit bei den Protesten ab. Man dürfe nicht alle Teilnehmer über einen Kamm scheren, sagte die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann. Aber die Stimmung bei den Demonstrationen sei „nicht gut für unser gesellschaftliches Klima“. Sie appellierte an die Parteien, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung abzubauen. „Muslime sind keine Bedrohung, sondern eine

Bereicherung für unsere Gesellschaft.“

Nach Ansicht der Grünen Astrid Rothe-Beinlich gibt es in der Pegida-Bewegung Woche für Woche „rassistische Demonstrationen“. AfD-Fraktionsvize Stephan Brandner hielt der SPD-Fraktion vor, SPD-Chef Sigmar Gabriel sei „nicht so platt mit den Pegida-Demonstranten umgesprungen“. Gabriel hatte jüngst ein Forum mit Pegida-Anhängern besucht.

Christian Herrgott, CDU-Sprecher für Integration und Migration, sagte, bei Sugi-

## AFD entlässt Bernardy

Die AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold hat ihren Wahlkreismitarbeiter Heiko Bernardy nach dessen Rede bei der Sügida-Kundgebung entlassen. Sie distanzieren sich ausdrücklich vom Inhalt dieser Rede, teilte sie am Mittwoch mit. Bernardy kündigte daraufhin seinen Rücktritt als Südhüringer Kreisvorsitzender und seinen Austritt aus der AfD an. Zu seiner Rede stehe er, sagte der Hildburghäuser. Die Sügida-Teilnehmer brächten berechtigten Protest gegen die Asylpraxis auf die Straße. Schon am Dienstag war der AfD-Kreisvorstand vom eigenen Vorsitzenden abgerückt. Der hatte von „alltäglichem antideutschem Rassismus“ gesprochen und die Landesregierung als „Feind des deutschen Volkes“ bezeichnet.

da in Suhl würden rechtsextremistische Strukturen den Protest organisieren. „Aber nicht alle dort sind Rechtsextremisten. Und nicht alle Gegendemonstranten sind Demokraten.“ Er warb dafür, dass die Parlamentarier „den Dialog suchen“ mit jenen, die sich von der Politik nicht mehr angesprochen fühlten. Herrgott kritisierte, dass aus dem Block der Gegendemonstranten auch Parolen wie „Nie wieder Deutschland“ gerufen würden. Ihm zufolge wirft die Zentrale Aufnahmebehörde für Flüchtlinge in Suhl Fragen auf. Jeden Tag gebe es dort einen Polizeieinsatz. Daher seien „deutliche Nachbesserungen nötig“.

Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) bekräftigte, dass die Landesregierung Suhl nicht allein lassen werde. Er dankte den Mitarbeitern der Flüchtlingsunterkunft, aber auch Beschäftigten der Stadtverwaltung, Busfahrern und Sportvereinen für deren Engagement für die etwa 1200 in Suhl lebenden Flüchtlinge. Er lobte alle, „die gegen Rassismus Gesicht gezeigt haben“. Die Pegida-Demonstranten dürften nicht die Oberhoheit über das geistige Klima bekommen. Ramelow sprach sich für eine dritte Zentrale Aufnahmebehörde aus, die in einem Krankenhaus in Rudolstadt errichtet werden solle. Derzeit lasse Justiz- und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne) aber auch Bundesliegenschaften auf eine mögliche Verwendung prüfen, so Ramelow. *ek*